



Vom 11. November 1923 bis zum 20. Dezember 1924 verbüßte Adolf Hitler eine Festungshaft in Landsberg. Die „Hitlerzelle“ wurde ab 9. November 1933 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Über der Türe wurde eine Ehrentafel angebracht. Fotos: dpa picture-alliance, Archiv der JVA Landsberg



Erinnerung an 100 Jahre Festungshaft

Der spätere Diktator war über ein Jahr im Gefängnis in Landsberg inhaftiert. Ein groß angelegtes Projekt beschäftigt sich mit dieser Zeit.

Von Thomas Wunder

Landsberg Nach dem gescheiterten Putsch vom 8. und 9. November 1923 wurde Adolf Hitler am 11. November im Haus seines Freundes Ernst Hanfstaengl in Uffing am Staffelsee verhaftet und in der Strafanstalt Landsberg inhaftiert. Bis zum 20. Dezember 1924 sollte der spätere Diktator dort bleiben, die meiste Zeit in Festungshaft. Daran soll im kommenden Jahr ein Projekt erinnern, das die Landsberger Historikerin Edith Raim und Wolfgang Hauck auf der Waitzinger Wiese realisieren möchten. In einer Art Labyrinth soll zwei Monate lang rund um das Thema „100 Jahre Hitlers Festungshaft“ informiert werden.

Von 1904 bis 1908 wurde die heutige Justizvollzugsanstalt (JVA) Landsberg als sternförmige Anlage mit rundem Zentralbau in der Mitte errichtet. Erste Insassen waren 550 männliche „katholische Gefangene“, die während ihrer Haftzeit unter anderem mit Tütenkleben und Besenbinden beschäftigt wurden. Erster Festungshaft-

Gefangener war Anton Graf Arco auf Valley, der 1919 den bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner erschossen hatte.

Der wohl berühmteste Gefangene war Adolf Hitler. Die Verbringung nach Landsberg war in einem allgemeinen Schutzhaftbefehl vom 13. Oktober 1923 festgelegt worden. In Schutzhaft kamen alle Personen, die durch „staatsfeindliches Treiben die Sicherheit des Staates“ gefährdeten. Drei Tage nach seinem Haftantritt überführte man Hitler in Landsberg in die Untersuchungshaft, in der er bis zum Beginn seines Prozesses vor dem Volksgericht München blieb. Am 1. April 1924 wurde Adolf Hitler unter Anerkennung der Untersuchungshaft zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt. Im Urteil wurde verankert, dass nach der Verbüßung eines Strafrestes von sechs Monaten eine Bewährung in Aussicht gestellt werden kann. Die Festungshaft gestaltete sich für Hitler moderat: Er war in einem separaten Gefängnisstrakt untergebracht, konnte zahlreiche Besucher empfangen und hatte Zeit, den ersten Band von „Mein

Kampf“ zu verfassen. Am 20. Dezember 1924 wurde Hitler auf Bewährung entlassen – auch auf Fürsprache des damaligen Gefängnisdirektors Otto Leybold.

Neben München, der „Stadt der Bewegung“, und Nürnberg, der „Stadt der Reichsparteitage“, wurde Landsberg mit der Gefängniszelle Adolf Hitlers die dritte zentrale Stätte des Nationalsozialismus. Landsberg sollte zu einem „Wallfahrtsort des Nationalsozialismus“ werden. Am 19. September 1937 versammelten sich rund 1500 Hitlerjungen mit Bannern und lodernen Fackeln auf dem Hauptplatz. Im Fackelschein ernannte Reichsjugendführer Baldur von Schirach Landsberg zur „Stadt der Jugend“. Gigantische Pläne für eine Jugendherberge, ein Stadion und Aufmarschplätze wurden geschmiedet, die aber nie verwirklicht wurden. Nach dem Zweiten Weltkrieg nutzte die US-Militärgerichtsbarkeit die JVA Landsberg als „Kriegsverbrecher-Gefängnis Nr. 1“. Bei den Dachauer Prozessen wurden insgesamt 426 Todesurteile verhängt und 268 davon in Landsberg vollstreckt.

Edith Raim und Wolfgang Hauck wollen mit ihrem interdisziplinären und spartenübergreifenden Medien-, Theater- und Geschichtsbuchprojekt die Zeit der Festungshaft in den Mittelpunkt rücken. Der Aufbau auf der Waitzinger Wiese soll in Form eines Labyrinths gestaltet werden. Auf einer Fläche von rund 10.000 Quadratmetern, nur 300 Meter Luftlinie von der historischen, heute nicht mehr existierenden „Hitlerzelle“ entfernt, soll ein begehrter Bühnenraum aus Bauzäunen und Bürocontainern (Medienstationen) errichtet werden. Das Veranstaltungsformat soll vom 15. August bis zum 15. Oktober 2024 stattfinden.

Das Projekt wurde zuletzt in nicht öffentlicher Sitzung im Bildungs-, Sozial- und Kulturausschuss des Stadtrats vorgestellt. Die Informationen werde in verschiedenen Versionen (barrierearm, einfache Sprache, Übersetzungen in andere Sprachen) vermittelt. Großformatige Drucke auf den Bauzäunen, QR-Codes und eine App sollen multimediale Inhalte verfügbar machen. Dabei

könnten für die Realisierung Jugendliche, die Stadtgesellschaft, internationale Besucherinnen und Besucher sowie die Universitäten Augsburg und München eingebunden werden.

Wie Wolfgang Hauck sagt, liegen die Bewilligung einer Förderung (25.000 Euro über den Kulturfonds Bayern) und die Erlaubnis des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst, das Projekt zu beginnen, bereits vor. Bei der Stadt werde die Unterstützung des Vorhabens durch die Bereitstellung der Waitzinger Wiese, Plakatierung und anfallenden Gebühren als kostenfreie Sachleistungen beantragt. Zudem erhoffen sich Raim und Hauck finanzielle Unterstützung über Stiftungen und eine Förderung der Europäischen Union.

Insgesamt rechnen sie mit Kosten von 85.000 Euro für das Projekt. Auch die Stadt Landsberg plant eine Veranstaltung zum Thema. Bei einem Symposium am 14. und 15. März sollen Experten unter dem Motto „Die Weimarer Republik und Adolf Hitler“ zu Wort kommen.

Kommentar

Weitsichtige Entscheidung in Schwifting



Von Christian Mühlhause

Die Gesellschaft verändert sich. Immer mehr Eltern nehmen einen Krippen- und Kindergartenplatz in Anspruch, vorausgesetzt sie bekommen einen. In mehreren Gemeinden im Kreis ist die Nachfrage zu decken, die Nachfrage zu decken. Im Wohnort einen Betreuungsplatz zu bekommen, ist keine Selbstverständlichkeit mehr, wie der Blick beispielsweise nach Penzing und Kaufering zeigt. Es sind nicht immer fehlende Plätze der Grund, sondern vermehrt auch fehlendes Personal.

In Geltendorf zeigte sich das jüngst bei einer Diskussion im Gemeinderat über das Thema. Schwifting gehört zwar laut Bürgermeisterin Heike Schappele zu den Gemeinden, die bisher keine Sorgen haben, dennoch ist die kürzlich getroffene Entscheidung des Gemeinderats eher ungewöhnlich und weitsichtig.

300 Euro im Monat zahlt die Kommune einer Erzieherin, die berufsbegleitend Sozialpädagogik studieren will und perspektivisch die Leitung des katholischen Kindergartens übernehmen soll. Die Gemeinde übernimmt eine Leistung, obwohl sie nicht mal der Träger der Einrichtung ist. Letztlich profitieren aber die Familien im Ort. Eine Garantie, dass es dann genauso auch kommt, hat die Gemeinde nicht. Allerdings würde diese wohl kaum so agieren, bestünde da nicht ein Vertrauensverhältnis und die Überzeugung, so eine gute Mitarbeiterin halten zu können. Wer motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter keine Entwicklungsperspektive anbieten kann oder will, wird diese nicht lange halten können, in Branchen, in denen sich die Beschäftigten den Arbeitgeber aussuchen können.

In Zeiten, in denen die steigenden Energie- und Personalkosten die Haushalte der Kommunen belasten, ist es eine gute Nachricht, dass der Schwiftinger Rat diese Entscheidung dennoch getroffen hat. **Seite 28**

Blaulichtreport

Geltendorf

Erfolgreiche Suche nach vermisster Frau

Glückliches Ende einer Vermissten-Suche in Geltendorf: Nach einer groß angelegten Suchaktion fanden Polizeikräfte die 59 Jahre alte Frau. Nach Darstellung der Polizei begann die polizeiliche Suche nach der verletzten Frau gegen 15 Uhr. Daran waren neben den Streifen der Polizei Landsberg sowie der umliegenden Dienststellen auch Dienststunde sowie ein Hubschrauber und die Feuerwehr Geltendorf beteiligt. Die Frau konnte schließlich durch Polizeikräfte aufgefunden werden, die bis zum Eintreffen der Rettungskräfte Erste Hilfe leisteten. (AZ)

Kontakt

Landsberger Tagblatt

Von-Kühlmann-Straße 3, 86899 Landsberg
www.landsberger-tagblatt.de

Sie haben heute keine Zeitung bekommen? Bitte melden Sie sich beim Abo-Service: (081 91) 326-400

Sie haben Anregungen für den redaktionellen Teil? Redaktion Landsberg: (081 91) 326-200; E-Mail: redaktion@landsberger-tagblatt.de Redaktion Dießen: (08807) 9240-00

Landkreis startet Beratungsangebot an Gymnasien

Der Jugendhilfeausschuss beschließt weitere Jas-Stellen, wobei es wohl keine Förderung des Freistaats gibt. An den Gymnasien gibt es bald ein ähnliches Angebot.

Von Dominik Stenzel

Landsberg Die Jugendsozialarbeit an Schulen (Jas) gilt als intensivste Form der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule und soll sozial benachteiligte junge Menschen bei ihrer Persönlichkeitsentwicklung unterstützen. Nach Beschlüssen des Jugendhilfeausschusses soll das Angebot jetzt auch an der Grundschule Windach und der Montessori-Schule Kaufering eingeführt werden. Noch offen ist aber, ob die Stellen durch den Freistaat Bayern gefördert werden. Auch am Ammersee-Gymnasium in Dießen und am Landsberger Ignaz-Kögler-Gymnasium (IKG) sollen Beratungsstellen geschaffen werden.

Außer in Windach wurde Jas an allen Grundschulen im Landkreis bereits eingeführt. Wie aus dem Antrag von Schulleiterin Barbara Döppl hervorgeht, lag die Schülerzahl Ende des vergangenen Schul-

jahrs bei 390. „An der Grundschule in Windach sind wir täglich mit den verschiedensten problematischen Situationen beschäftigt, in denen wir uns eine professionelle Hilfeleistung durch einen Sozialpädagogen wünschen würden. Viele Problemlagen könnten sich auf diesem Wege lösen oder zumindest verbessern lassen.“ Der Jugendhilfeausschuss stimmt schließlich der Einrichtung von Jas mit 31 Stunden pro Woche ab September 2024 zu. Für den Fall der Bezuschussung durch den Freistaat Bayern werden die ungedeckten Personalkosten vom Landkreis und dem Schulverband Windach zu je 50 Prozent getragen.

Allerdings sind nachzeitigem Stand alle 1200 Jas-Förderstellen ausgeschöpft. Sollte es also keine Förderung geben, tritt die im Landkreis Landsberg bisher übliche Zwei-Drittel-Regelung in Kraft. In diesem Fall werden die ungedeckten Personalkosten vom Landkreis und dem Schulverband Wind-



Das Ammersee-Gymnasium in Dießen (im Bild) und das Ignaz-Kögler-Gymnasium in Landsberg sollen ab dem kommenden Schuljahr von einem neuen Beratungsangebot profitieren. Foto: Thorsten Jordan (Archivbild)

ach zu je 50 Prozent getragen, sowie zusätzlich ein Drittel der fiktiven Fördersumme vom Landkreis und zwei Drittel der fiktiven Fördersumme vom Schulverband Windach.

Bereits im April beschloss der Jugendhilfeausschuss die Einrichtung einer Jas-Stelle an der Montessori-Schule in Kaufering. Der Förderantrag beim Freistaat Bayern wurde jedoch aufgrund der Aus-

schöpfung der Stellen abgelehnt. Auch hier sprach sich das Gremium nun für die Zwei-Drittel-Regelung aus. Jas soll es an der Montessori-Schule ebenfalls ab September geben.

Die Grünen-Fraktion hatte mit einem Antrag vor rund einhalb Jahren Jugendsozialarbeit an Gymnasien gefordert. Jas-Stellen werden für diese Schulart jedoch nicht gefördert. Stattdessen soll ab dem